

1103

Stenographisches Protokoll.

93. Sitzung des Bundesrates der Republik Österreich.

Donnerstag, den 30. Juli 1925.

Inhalt.

Personalien: Abwesenheitsanzeigen (1103) — Nachruf nach Jakob Neumann (1103).

Zuschriften der Bundesregierung: Mitteilung über folgende vom Nationalrate gefassten Gesetzesbeschlüsse (Beschlüsse): 1. Abänderung des Einhebungsgesetzes; 2. Gebührenbegünstigungen für Kredit- und Vorstufvereine (Spar- und Darlehenskassen); 3. Zusatzabkommen zu dem am 6. April 1922 unterzeichneten Übereinkommen zwischen Österreich, Italien, Polen, Rumänien, dem Königreiche der Serben, Kroaten und Slowenen und der Tschechoslowakei, betr. die Auscheidung von Guthaben und Depots aus der Gehabung des Postsparkassenamtes in Wien; 4. Zusatzprotokoll zum Übereinkommen zwischen der Republik Österreich und der Tschechoslowakischen Republik, betr. die Regelung der in österreichisch-ungarischen Kronen entstandenen Verbindlichkeiten; 5. Beendigung der Tätigkeit der paritätischen Kommission und Liquidierung des angesammelten Fonds; 6. Grundsätze für die Organisation der Agrarbehörden; 7. Bildung eines Wirtschaftsförpers „Österreichische Bundesforste“; 8. Änderung, beziehungsweise Ergänzung des § 3, Absatz 3 und 4, des Bundesgesetzes vom 19. Juli 1923, betr. Maßnahmen aus Anlaß der Einstellung der Tätigkeit des Versorgungsinstituts für Zivilbedienstete der ehemaligen k. u. k. Heeresverwaltung; 9. Vertrag zwischen Österreich und Italien bezüglich der privaten Versicherungsanstalten; 10. Abänderung, beziehungsweise Ergänzung einiger Bestimmungen des Gesetzes vom 13. Juli 1920 und des Bundesgesetzes vom 10. März 1922, betr. die Krankenversicherung der Staatsbediensteten; 11. Änderung der §§ 37 bis 39, 41 bis 45 des Salzburger Schulaufsichtsgesetzes vom 31. Dezember 1874; 12. Entlohnung des Religionsunterrichtes an öffentlichen Volksschulen in Kärnten; 13. Zweite Novelle zum Lehrerbienstgesetz für Wien; 14. XV. Novelle zum Arbeitslosenversicherungsgesetz; 15. Abänderung des Mietengesetzes; 16. Abänderung des Bundesgesetzes, betr. Wohnungsanforderung; 17. Enteignung zu Affanierungszwecken in der Bundeshauptstadt Wien (1104).

Verhandlungen: Mündliche Berichte, betr.: 1. Beanspruchung von Grundeigentum für die Kriegergräberfürsorge — Berichterstatter Kötter (1104) — Kein Einspruch (1104);

2. XV. Novelle zum Arbeitslosenversicherungsgesetz — Berichterstatter Christian Fischer (1104), Stoder (1105) — Kein Einspruch (1110);

3. a) Abänderung des Mietengesetzes, b) Abänderung des Bundesgesetzes, betr. Wohnungsanforderung — Berichterstatter Haider (1110) — Kein Einspruch (1110);

4. Enteignung zu Affanierungszwecken in der Bundeshauptstadt Wien — Berichterstatter Haider (1110) — Kein Einspruch (1110).

Eingebracht wurde:

Anfrage: Stoder, Berger: Bundeskanzler als Leiter des Ministeriums für Inneres, betr. die aus der Abhaltung des Zionistenkongresses erwachsenden Gefahren für die innere Ruhe und Ordnung und die Schädigung der Interessen der bodenständigen Bevölkerung (52/I).

Vorsitzender **Thullner** eröffnet die Sitzung um 4 Uhr 40 Min. nachm. und erklärt das Protokoll über die Sitzung vom 24. Juli 1925 als genehmigt.

Entschuldigt sind Frau Starhemberg, Emmerling, Moser, Dr. Reinprecht, Dr. Kehr, Preußler, Walcher und Dr. Schneider.

Vorsitzender: Hoher Bundesrat! (Das Haus erhebt sich.) Wir alle stehen unter dem tiefstmerzlichen Eindrucke der Kunde vom Ableben unseres Kollegen Jakob Neumann.

Vor wenigen Wochen erst konnte ich ihm, als meinem Vorgänger im Amte, von diesem Platze aus für seine erfolgreiche Mühewaltung bei der Leitung des Bundesrates danken, heute fällt mir die traurige Pflicht des Nachrufes zu.

Ich kann mich nicht unterfangen, den Werdegang dieses ungewöhnlichen Menschen im einzelnen zu schildern und seine Leistungen und Erfolge im öffentlichen Leben gebührend zu würdigen. In seinem Aufstiege vom schlichten Arbeiter bis zum Oberhaupt der Weltstadt Wien ist sein Lebenswerk umschrieben. Unermüdet an seiner Bildung arbeitend, voll warmen Herzens für das Volk, ist Neumann — ein unbeugsamer Charakter, ein mutiger Kämpfer und dabei ein wahrhaft gütiger Mensch — unbeirrt seinen Weg nach vorwärts gegangen, der ihn aus der Werkstätte in die Berufsvertretung seiner Arbeitsgenossen, in den Gemeinderat und in das Abgeordnetenhaus führte und in der Wahl zum Bürgermeister seiner Vaterstadt den Gipfel erreichte.

Als dem an erster Stelle vom Wiener Landtage in den Bundesrat entsendeten Vertreter fiel ihm kraft gesetzlicher Bestimmung der Vorsitz in der neugeschaffenen Körperschaft zu. Wie er in den schwierigen Anfangszeiten die ersten Schritte des Bundesrates umsichtig und taktvoll gelenkt und weiterhin die Leitung mit voller Unparteilichkeit geführt hat, ist für alle seine Amtsnachfolger vorbildlich geblieben.

Wie überall im öffentlichen Leben hatte Neumann auch in unserer Mitte sich vermöge seiner trefflichen Eigenschaften allseitiger Hochachtung und Beliebtheit und unbestrittenen Ansehens zu erfreuen.

Im Bundesrate der Republik Österreich, an dessen Wiege er gestanden, ist ihm das dankbarste und ehrenvollste Andenken gesichert!

Sie haben sich, meine verehrten Frauen und Herren, zum Zeichen der Trauer von den Sitzen

erhoben und damit Ihre Zustimmung bezeugt, daß diese Rundgebung dem amtlichen Protokoll der heutigen Sitzung einverleibt werde.

Das Bundeskanzleramt teilt folgende vom Nationalrat gefaßte Gesetzesbeschlüsse (Beschlüsse) mit: 1. Abänderung des Einhebungsgesetzes; 2. Gebührenbegünstigungen für Kredit- und Vorfußvereine (Spar- und Darlehensstellen); 3. Zusatzabkommen zu dem am 6. April 1922 unterzeichneten Übereinkommen zwischen Österreich, Italien, Polen, Rumänien, dem Königreiche der Serben, Kroaten und Slowenen und der Tschechoslowakei, betr. die Auscheidung von Guthaben und Depots aus der Gebahrung des Postsparkassenamtes in Wien; 4. Zusatzprotokoll zum Übereinkommen zwischen der Republik Österreich und der Tschechoslowakischen Republik, betr. die Regelung der in österreichisch-ungarischen Kronen entstandenen Verbindlichkeiten; 5. Beendigung der Tätigkeit der paritätischen Kommission und Liquidierung des angesammelten Fonds; 6. Grundsätze für die Organisation der Agrarbehörden; 7. Bildung eines Wirtschaftskörpers „Österreichische Bundesforste“; 8. Änderung, beziehungsweise Ergänzung des § 3, Absatz 3 und 4, des Bundesgesetzes vom 19. Juli 1923, betr. Maßnahmen aus Anlaß der Einstellung der Tätigkeit des Versorgungsinstituts für Zivilbedienstete der ehemaligen k. u. k. Heeresverwaltung; 9. Vertrag zwischen Österreich und Italien bezüglich der privaten Versicherungsanstalten; 10. Abänderung, beziehungsweise Ergänzung einiger Bestimmungen des Gesetzes vom 13. Juli 1920 und des Bundesgesetzes vom 10. März 1922, betr. die Krankenversicherung der Staatsbediensteten; 11. Änderung der §§ 37 bis 39, 41 bis 45 des Salzburger Schulaufsichtsgesetzes vom 31. Dezember 1874; 12. Entlohnung des Religionsunterrichtes an öffentlichen Volksschulen in Kärnten; 13. Zweite Novelle zum Lehrerdienstgesetz für Wien; 14. XV. Novelle zum Arbeitslosenversicherungsgesetz; 15. Abänderung des Mietengesetzes; 16. Abänderung des Bundesgesetzes, betr. Wohnungsanforderung; 17. Enteignung zu Affanierungszwecken in der Bundeshauptstadt Wien.

Vorsitzender: Diese Vorlagen wurden gemäß § 29 der Geschäftsordnung den zuständigen Ausschüssen zugewiesen.

Bisher hat der Ausschuss für wirtschaftliche Angelegenheiten die Gesetzesbeschlüsse des Nationalrates vom 30. Juli 1925, betr. die XV. Novelle zum Arbeitslosenversicherungsgesetz, betr. eine Abänderung des Mietengesetzes, über eine Abänderung des Bundesgesetzes, betr. Wohnungsanforderung, und über eine Enteignung zu Affanierungszwecken in der Bundeshauptstadt Wien vorberaten und Berichterstatter für den Bundesrat bestellt.

Weiters hat derselbe Ausschuss den von ihm wiederholt behandelten Gesetzesbeschluss des National-

rates vom 2. Juli 1925, betr. die Beanspruchung von Grundeigentum für die Kriegergräberfürsorge, erledigt.

Ich beantrage, daß alle im Ausschusse erledigten Gesetzesbeschlüsse bei Umgangnahme von schriftlichen Ausschussberichten auf Grund mündlicher Berichterstattung sofort in Verhandlung genommen werden.

Der Antrag wird, nachdem der Vorsitzende die Beschlussfähigkeit des Bundesrates festgestellt hatte, mit Zweidrittelmehrheit angenommen.

Es wird zur T. D. übergegangen. Der erste Gegenstand der T. D. ist der Gesetzesbeschluss des Nationalrates, betr. die Beanspruchung von Grundeigentum für die Kriegergräberfürsorge.

Berichterstatter **Rotter:** Der Bundesrat hat am 8. Juli das Gesetz an den Ausschuss zurückgewiesen, weil der § 4 nicht ganz verständlich gewesen ist. Der Ausschuss hat sich in einigen Sitzungen mit diesem Gesetze befaßt und ist nach der Aufklärung seitens der Regierung zu der Überzeugung gekommen, daß das Gesetz einwandfrei ist, und hat beschlossen, dagegen keinen Einspruch zu erheben. Ich stelle namens des Ausschusses den Antrag, daß gegen das vorliegende Gesetz, betr. die Beanspruchung von Grundeigentum für die Kriegergräberfürsorge, kein Einspruch erhoben wird.

Der Ausschussantrag wird angenommen.

Der nächste Punkt der T. D. ist der Gesetzesbeschluss des Nationalrates, betr. die Fortsetzung der außerordentlichen Maßnahmen der Arbeitslosenfürsorge und die Abänderung einiger Bestimmungen des Arbeitslosenversicherungsgesetzes (XV. Novelle zum Arbeitslosenversicherungsgesetz).

Berichterstatter **Christian Fischer:** Hoher Bundesrat! Das Plenum des Bundesrates hatte sich zuletzt in der Sitzung vom 27. März mit der Frage der Arbeitslosenversicherung zu beschäftigen. Wir glaubten damals alle, daß es vielleicht für längere Zeit das letztemal sein werde, daß der Bundesrat sich mit außerordentlichen Maßnahmen gegen die Not der Arbeitslosen befassen muß. Dies ist nun nicht der Fall. Der Nationalrat mußte heute vormittags die Geltungsdauer der außerordentlichen Maßnahmen zugunsten der Arbeitslosen verlängern. Derzeit stehen in Österreich 113.000 Arbeitslose im Bezuge der Arbeitslosenunterstützung. Sie konnten trotz allerschärfster Kontrolle bisher keine Arbeit finden. Man kann aber auch die Ausgesteuerten nicht ohne Unterstützung lassen. Der Nationalrat mußte also den auf sie bezüglichen Gesetzesbeschluss, den auch der Bundesrat genehmigt hat und der mit dem 31. Juli seine Gültigkeit verliert, verlängern.

Die Zahl der unterstützten Arbeitslosen ist im Juni von 130.786 auf 113.379 zurückgegangen. Davon entfielen auf Wien allein 63.156, auf das Wiener-Neustädter Gebiet 12.124, auf das Industrie-

gebiet von Linz und Umgebung 11.124, auf Steiermark 10.942. Leider lassen mit Ausnahme des Baugewerbes und des Gast- und Schankgewerbes alle Erwerbszweige im Juli wieder ein Ansteigen der Arbeitslosenziffer befürchten. Die Bestellungen in der Elektroindustrie wirken sich noch nicht aus. Einzelne große Baugewerbebetriebe mußten mit Arbeiterentlassungen vorgehen, wie es bei uns in Steiermark der Fall war, die großzügige Auswanderungsaktion, die seitens der Arbeiterkammern eingeleitet wurde, ist leider Gottes bis jetzt noch Projekt geblieben, die Nachbarstaaten schließen sich gegen uns ab. Es bleibt daher nichts anders übrig, als den Opfern der Wirtschaftskrise eine Unterstützung angedeihen zu lassen.

Die Regierung hat auch, entsprechend den Anregungen, die im Bundesrat am 27. März von verschiedenen Rednern vorgebracht wurden, ein Gesetz zum Schutze der inländischen Arbeitskraft vorgelegt, das gewiß seine Wirkungen zeitigen wird. Einstweilen aber müssen noch die notwendigen Maßnahmen zum Schutze der Arbeitslosen getroffen werden.

Der Antrag des Ausschusses für volkswirtschaftliche Angelegenheiten geht nun dahin, gegen den Beschluß des Nationalrates eine Einwendung nicht zu erheben. Mit dem heutigen Beschluß des Nationalrates sollen die außerordentlichen Maßnahmen für die Arbeitslosen bis zum 31. Dezember 1925 erstreckt werden. Es werden auch andere Gebiete, in denen die Arbeitslosigkeit noch zunimmt, jetzt in die außerordentlichen Maßnahmen einbezogen werden können, allein die Kosten dieser Beihilfen sind lokal aufzubringen, und zwar zu 95 Prozent aus den Beiträgen der Arbeitgeber und zu 5 Prozent von den Wohnsitzgemeinden. Die Arbeitslosenunterstützung wird in Zukunft 80 Prozent des Wochenarbeitsverdienstes im Höchstmaß betragen. Die bezüglichen Bestimmungen treten am 1. September 1925 in Kraft.

Ich beantrage also namens des Ausschusses, gegen den Beschluß des Nationalrates keinen Einspruch zu erheben.

Stoßer: Hohes Haus! Als im Frühjahr über diese Frage verhandelt wurde, habe ich bereits meiner Ansicht Ausdruck gegeben, daß diese Art der Lösung der Arbeitslosenfrage unzulänglich ist, daß sie gewissermaßen nur ein Pflaster auf eine Wunde bedeutet und diese schwere Wunde nicht einer Heilung entgegenführt. Die ganze Entwicklung hat gezeigt, daß andere Wege zur Lösung dieser für Staat und Volkswirtschaft so wichtigen Frage beschritten werden müssen. Man hat bisher den Arbeitslosen Almosen gegeben, statt ihnen, wenigstens einer möglichst großen Zahl von ihnen, Arbeit zu verschaffen. Ich habe schon damals Wege gewiesen, wie einer beträchtlichen Zahl von Arbeitslosen

Arbeit gegeben werden könnte, und die Zeit hat mir recht gegeben. Ich werde heute in anderer Form wieder darauf zu sprechen kommen.

Das ist die Krankheit unseres Staates, daß etwa ein Fünftel unserer Arbeitsfähigen und zum größten Teil auch arbeitswilligen Bevölkerung arbeitslos ist. Wenn ein so großer Teil der Bevölkerung, die Arbeitslosen, die Kurzarbeiter, die Abgebauten, die frühzeitig Entlassenen, von der Unterstützung des Staates leben muß, so muß dies einen reichen Staat zugrunde richten, wie erst einen so bettelarmen Staat wie Deutschösterreich. Heute — im Sommer! — stehen nicht weniger als 120.000 Personen im Genuße der Arbeitslosenunterstützung. Die Zahl der Arbeitslosen ist aber tatsächlich noch größer, man kann sie mit 140.000 annehmen. Dazu kommen noch die vielen Tausende Kurzarbeiter. Die Regierung und die Mehrheitsparteien haben Hilferufe nach Genf gerichtet. Aber diese Hilfe war ganz unzulänglich, sie war gewissermaßen nur ein kleines Pflaster. Das zeigt die heutige Wirtschaftskrise, das zeigen die Verhältnisse, die von Tag zu Tag ungünstiger werden. Auch die Völkerbundsexpertise wird weiter nichts für uns ergeben, als schöne Worte, und ich bin nur neugierig, auf welche Mittel die Regierung dann verfallen wird, wenn die Expertise wie das Hornberger Schießen geendet hat. Wir jammern viel zu viel, wir rufen viel zu viel nach fremder Hilfe, statt uns selbst zu helfen.

Aber wie sich selbst helfen?

Nach meinem Dafürhalten müßte die wirksame Selbsthilfe in folgenden Forderungen bestehen: 1. Vermehrung der Produktion an landwirtschaftlich wichtigen Artikeln, und da denke ich in erster Linie an die Vermehrung der Produktion der wichtigsten Artikel, nämlich Brot und sonstiger Nahrungsmittel; 2. Beschäftigung der Arbeitslosen dort, wo im Inlande produktive Arbeit vorhanden ist; 3. Ausweisung der Fremdnationalen aus unserem Staate, um der einheimischen Bevölkerung Arbeit und Brot geben zu können; 4. Drosselung der ungeheuren Luxuseinfuhr, worunter ich auch die Drosselung der Einfuhr großer Mengen von Alkohol und von Tabak verstehe, um unsere Handelsbilanz zu entlasten; 5. größte Sparsamkeit in der Verwaltung und 6. Anschluß an ein größeres Wirtschaftsgebiet, das für uns nur Deutschland sein könnte. Die Erfüllung dieser Forderungen gewährleistet eine Gesundung unserer Volkswirtschaft, eine Behebung der Wirtschaftskrise und zugleich auch eine erfolgreiche Lösung des Arbeitslosenproblems.

Ich sagte, eine der wichtigsten Forderungen zur Lösung der Wirtschaftskrise und des Arbeitslosenproblems sei die Vermehrung der Produktion an volkswirtschaftlich wichtigen Artikeln. Bei der Industrie ist an eine Vermehrung der Produktion nicht

zu denken, weil die Industrie ohnedies zu viel produziert und für ihre Produkte keinen Absatz hat. Es besteht daher auch die größte Arbeitslosigkeit in den Kreisen der Industriearbeiterschaft. Ein beträchtlicher Teil unserer österreichischen Industrie ist zum Untergang verurteilt, weil sie für alle Zukunft das notwendige Absatzgebiet in dem Gebiete der früheren österreichisch-ungarischen Monarchie verloren hat. Mit dieser Tatsache muß unsere österreichische Industrie rechnen. Daher entsteht für uns die Forderung, einen beträchtlichen Teil der Arbeiterschaft, die früher in der Industrie Beschäftigung gefunden hat, umzugruppieren, um sie einer anderen produktiven Arbeit zuzuführen. Produktive Arbeit steht bei uns für viele Hunderttausende Personen zur Verfügung in der Bodenkultur. Die gesamte Einfuhr betrug im Jahre 1924 815 Millionen Goldkronen. 34 Prozent der gesamten Einfuhr entfallen auf die Einfuhr von Nahrungsmitteln. Wie ungeheuer groß diese Zahl ist, geht schon daraus hervor, daß der ganze Völkerbundkredit nur zirka 600 Millionen Goldkronen betragen hat. Um diesen Betrag mußten wir unsere Freiheit und unsere Unabhängigkeit an das Ausland verkaufen.

Ich bin auf Grund persönlicher Kenntnis der österreichischen landwirtschaftlichen Verhältnisse, auf Grund vielfacher Rücksprachen mit landwirtschaftlichen Fachleuten der verschiedensten Wirtschaftszweige der festesten Überzeugung, daß die Produktion in der österreichischen Landwirtschaft um ein Drittel bis zur Hälfte gesteigert werden kann; im Durchschnitt vielleicht bei intensiver Arbeit im Laufe von zehn Jahren. Ich bin weiter der Überzeugung, daß wir bei Intensivierung der österreichischen Landwirtschaft bezüglich der Nahrungsmittelherzeugung ganz auf eigene Füße gestellt werden können. Die österreichische Viehzucht ist so entwicklungsfähig, daß wir durch eine bessere Verwertung der Viehprodukte, durch eine Hebung der Milchwirtschaft den Bedarf an Fleisch- und Wollereiprodukten in absehbarer Zeit in unserem eigenen Lande vollständig decken könnten.

Ich habe erst im Laufe der letzten Woche Gelegenheit gehabt, mit Pflanzenbauinspektoren verschiedene Gebiete zu bereisen, verschiedene großzügige Versuche durchzuführen, wo an Hunderten von Beispielen der Beweis erbracht worden ist, daß durch rationellere Bewirtschaftung des Grund und Bodens die Erträge gegenüber den Nachbarnfeldern vielfach um das Doppelte gesteigert worden sind. Die Steigerung der Produktion in der Landwirtschaft bedeutet auch eine Verbesserung der Handelsbilanz und die Beschäftigung von vielen Tausenden Leuten in der Landwirtschaft. Ich glaube behaupten zu können, nachdem der Arbeitsmangel auf dem Lande ein allgemeiner ist, daß schon heute in der Landwirtschaft um 150.000 Leute mehr beschäftigt werden könnten.

Bei Intensivierung der Landwirtschaft aber könnten nach meiner Schätzung um 400.000 bis 500.000 Menschen mehr in der österreichischen Landwirtschaft Arbeit finden. Denn es ist eine Tatsache, je intensiver die Landwirtschaft betrieben wird, desto mehr Arbeitskräfte benötigt sie, denn der hauptsächlichste Arbeitsmotor in der Landwirtschaft ist — und je intensiver sie betrieben wird, desto mehr — die menschliche Arbeitskraft.

Bei uns aber, ich muß als Landwirt diese traurige Tatsache feststellen, ist, was zur Förderung der Landwirtschaft geschieht, ganz unzulänglich. Die verschiedenen unproduktiven Ämter, von der Bezirkshauptmannschaft bis hinauf zu den Ministerien, sind voll besetzt mit einem übergroßen Beamtenapparat, die landwirtschaftlichen Körperschaften klagen jedoch allgemein, wie wenige Menschen zur Förderung der Produktion und für den Aufklärungsdienst zur Verfügung stehen.

Wie schnell das Geld wieder hereinkommt, das für die Förderung der Landwirtschaft ausgewendet wird, möchte ich Ihnen an einem Beispiele zeigen. Steiermark ist in der glücklichen Lage, für einen Zweig der landwirtschaftlichen Produktion, die Pflanzenproduktion, einen außerordentlich weitfichtigen Referenten in der Landesregierung zu besitzen, und es ist dem Lande gelungen, hier einige außerordentlich tüchtige Fachleute zu gewinnen. Steiermark hat von allen österreichischen Ländern das bestorganisierte Pflanzenbauinspektorat mit, ich glaube, acht Beamten. Dies ist nicht viel, aber andere, viel größere Länder haben überhaupt nur ein oder zwei Organe zur Förderung des Pflanzenbaues. Dieser Apparat kostet nun etwa 400 bis 500 Millionen Kronen im Jahre. Die Stelle arbeitet jetzt intensiv seit zwei Jahren, und einzig und allein durch die Tätigkeit dieser Stelle, durch intensive Aufklärung, durch Beispielgebung auf vielen hundert und tausenden Hektar des Wiesen-, Futter-, Getreide- und Kartoffelbaues haben sich die Einnahmen infolge Produktionssteigerung gering gerechnet um jährlich 10 Milliarden erhöht, wobei noch zu bedenken ist, daß die Mehrerträge von Jahr zu Jahr zunehmen, weil jährlich hundert und tausende Hektar der intensiven Bodenanzüchtung neu zugeführt werden. Wären in Deutschösterreich 50 bis 60 Personen mehr in der Landwirtschaftsförderung, in der Pflanzen- und Tierproduktion, tätig als bisher, alljährlich würden um viele Milliarden mehr Lebensmittel aus der heimischen Scholle erzeugt werden können. Wenn wir unsere Durchschnittserträge mit denjenigen anderer Länder vergleichen, wenn man die Durchschnittserträge einzelner intensiv betriebener Wirtschaften mit denen der Nachbarnwirtschaften vergleicht, so sehen wir es an Hunderten von Beispielen bestätigt, daß wir unsere Durchschnittsproduktion in zehn Jahren um ein Drittel bis ein Fünftel

steigern könnten. Diese jährliche Produktionssteigerung würde im Laufe der Zeit einen Wert von mehreren hundert Millionen Goldkronen ausmachen.

Was aber bei uns zur Förderung der Landwirtschaft geschieht, ist viel zu wenig. Außerdem ist die Agrarpolitik in unserem Staate durchaus nicht danach angetan, die Produktion zu fördern. Der Schutz der österreichischen Landwirtschaft gegen die ausländische Konkurrenz, unter der sie furchtbar leidet, ist ganz ungenügend. Jede Woche kommen viele hunderte Stück Rinder aus aller Herren Länder auf den Wiener Markt, und unsere Gebirgsbauern wissen nicht, wie sie ihr Vieh losbringen sollen. Unsere Milchproduktion ließe sich gewaltig steigern, aber die zollfreien Einfuhren aus Jugoslawien, aus Ungarn, aus der Tschechei drücken unsere einheimische Produktion. So ist es in allen Zweigen. Wenn jetzt der Getreidepreis von 3800 auf 2800 K sinkt, so bedeutet das einen furchtbaren Ausfall in den Einnahmen unserer Landwirtschaft. Wir haben eine gute Ernte, aber der ganze Ernteüberschuß wird durch den ungeheuren Preissturz des Getreides für unsere Landwirte aufgezehrt. So droht bereits jetzt unserer Landwirtschaft, vor allem im Gebirge, eine große Krise, und wir nähern uns bedenklich den Verhältnissen, wie sie vor dem Kriege, wie sie in den neunziger Jahren bestanden. Wenn unsere Landwirtschaft weiter so ungeschützt bleibt, dann werden wir zu derselben Bauernlegerei, zu demselben Niedergang des Bauernstandes kommen, wie er in so erschreckendem Maße vor dem Kriege zu konstatieren war.

In der Landwirtschaft wäre aber großer Bedarf an Arbeitskräften. Sie können vielfach darum nicht beschäftigt werden, weil die Einnahmen des Landwirtes zu gering sind, teils wegen des mangelnden Schutzes vor der Auslandskonkurrenz, teils weil der Landwirt aus seinem Grund und Boden zu wenig erzielt.

Ich möchte da gar nichts verschleiern, ich muß aber feststellen, daß dies nicht die Schuld der Landwirte selbst ist, wenn wir noch mit einer gewissen Rückständigkeit in unserer Landwirtschaft rechnen müssen, sondern daß Schuld daran die Regierung und die Landesregierungen sind, welche die Förderung der Landwirtschaft durch Jahrzehnte hindurch vernachlässigt haben und auch heute noch vernachlässigen. Ich weiß es aus hundert Beispielen, wenn man den Landwirten gezeigt hat, welchen Weg sie beschreiten müssen zur Erreichung von Mehrernten, dann hat sich diese Arbeit immer gelohnt. Die größte Schuld, daß wir in unserer Landwirtschaft nicht weiter sind, trifft daher diese Organe. Wir hätten doch durch den Krieg lernen können, welche Bedeutung die inländische Lebensmittelerzeugung hat. Man hat aber leider sechs, beziehungsweise sieben Jahre ungenutzt verstreichen

lassen und nur ganz Unzulängliches für die Förderung der landwirtschaftlichen Produktion geleistet.

Weiters müssen wir feststellen, daß trotz der großen Arbeitslosigkeit wieder eine Vermehrung der Landflucht zu verzeichnen ist. Allgemein klagt man auf dem Lande, daß wiederum die Abwanderung von jungen Leuten in die Stadt beginnt. Es wäre daher unbedingt zur Entlastung des Arbeitsmarktes notwendig, daß die Abwanderung der Leute vom Lande mit allen Mitteln unterbunden wird. Weiters wäre es auch notwendig, daß mit aller Energie die vielen Tausende Leute, welche vom Lande stammen, die in der Landwirtschaft aufgewachsen sind, die landwirtschaftliche Arbeiten kennen, im Laufe des Krieges oder zuvor in der Industrie waren, und welche dann abgewandert sind, von dem Lande wieder in die Landgemeinden abgeschoben werden. Auch in dieser Frage geschieht nichts. Es wäre höchst notwendig, daß sich über diese Frage auch die Vertreter der Arbeitergewerkschaften beraten, um sie einer Lösung zuzuführen.

Durch die Förderung der landwirtschaftlichen Produktion, sagte ich, könnten viele Tausende Leute beschäftigt werden. Allerdings ist das ein Entwicklungsgang, der eine Reihe von Jahren benötigen wird. Es handelt sich aber in der gegenwärtigen Lage darum, den Arbeitslosenmarkt sofort beträchtlich zu entlasten. Zur Entlastung des Arbeitsmarktes hat die Wiener Arbeiterkammer den Vorschlag gemacht, daß 50.000 Arbeiter in Amerika aufgenommen werden sollten. Ich bin der Überzeugung, daß dieser Vorschlag der Arbeiterkammer nicht verwirklicht werden wird, weil auch Amerika keinen Bedarf an fremden Arbeitskräften hat und weil auch die hochentwickeltesten Länder, wie Amerika, England usw., heute eine große Zahl von Arbeitslosen haben. Wir müssen uns auch dabei vergegenwärtigen, daß diese 50.000 Arbeitslosen, wenn sie in Amerika oder irgendwo unterkommen würden, dort buchstäblich die Arbeitskulis wären und gewiß kein erfreuliches Los hätten. Ich möchte daher einen anderen Vorschlag machen: daß wir 30.000 bis 40.000 Arbeitslose in unserem eigenem Lande beschäftigen, wo sie produktive Arbeit für die ganze Volkswirtschaft leisten können. Es sind bei uns in Österreich 500.000 Hektar landwirtschaftlicher Grund und Boden meliorationsbedürftig. Es ist erst ein kleiner Bruchteil des entwässerungsnotwendigen Bodens bisher melioriert worden. Wir haben in Österreich tausende Kilometer Flußläufe, deren Umgebungsgebiet versumpft ist, wir haben viele Hunderte Kilometer vollständig zugrunde gerichtete Straßen, und wir haben hunderte und hunderte Kilometer schlechte Wege, wo Straßen gebaut werden sollten. Wir könnten bei diesen Arbeiten 30.000 bis 50.000 Leute beschäftigen, die dort sehr nützliche Arbeit leisten würden. Ich möchte nur erwähnen, daß der Aufwand, beispiels-

weise bei der Bodenmelioration, der heuer geleistet wird, im nächsten Jahre bereits reichliche Zinsen tragen wird, denn gerade der entwässerungsnotwendige Boden ist nach der Melioration der fruchtbarste. Es ist neulich ein Vertreter einer Gebirgsgemeinde von der Weststeiermark, aus der Gemeinde St. Oswald, zu mir gekommen. Bei der Grenzregulierung hat man dieser Gemeinde und den fünf umliegenden Gemeinden von seiten der Regierung die Zusicherung gemacht, daß sie, wenn sie sich für Österreich entscheiden, dann Verbindungswege auf dem österreichischen Gebiete bekommen werden, weil früher ihre gesamten Verbindungswege in jugoslawisches Gebiet gegangen sind. Heute besteht dort von einer hochgelegenen Gebirgsgemeinde mit reichen Waldbeständen kein Verbindungsweg ins Tal nach Deutsch-Landsberg, beziehungsweise Sibiswald. Es gibt nur einen Privatweg des das ganze Gebiet beherrschenden Waldbesizers, der ihn nur für persönliche Fuhren benutzen läßt, aber nicht zur Holzverfrachtung, um so die Bauern zu zwingen, ihr Holz den Großgrundbesitzern zu verkaufen. Die Gemeinden würden gern im Verhältnis zu ihrem Vermögen große Opfer bringen, sie appellieren vergeblich an die Landes- und Bundesregierung, damit diese ein Versprechen einlöse, das sie in der Zeit der Volksbewegung gegeben hat, und endlich Straßen baut.

Bei diesen Straßenbauten könnten viele Hunderte arbeitsloser Hilfsarbeiter Beschäftigung finden. So sehen wir auf Schritt und Tritt Arbeitsgelegenheit für viele Tausende. Gewiß können wir in absehbarer Zeit nicht alle Arbeitslosen in Meliorationen, Flußregulierungen und Straßenbauten beschäftigen, ein beträchtlicher Teil der Arbeitslosen hätte auch nicht die Eignung dazu, aber 30.000 bis 50.000 Personen wären für diese Arbeit geeignet und auch dazu bereit. Würden sie dort beschäftigt werden, dann würde der Arbeitsmarkt entlastet und gleichzeitig unsere Volkswirtschaft ertragsreicher gemacht werden. Die damit verbundenen Kosten wären verhältnismäßig gering, weil für diese Arbeiten wenig Rohmaterial erforderlich ist. Bei anderen Notstandsbauten, Eisenbahnbauten oder beim Bau von Elektrizitätswerken ist viel teures Rohmaterial notwendig, hier aber besteht der wichtigste Aufwand in der Arbeit, in der Betätigung von Krampen und Schaufel. Das Rohmaterial sind vor allem Steine, die in Hülle und Fülle vorhanden sind, und eine verhältnismäßig geringe Menge von Zement, der auch reichlich im Lande vorhanden ist.

So könnten durch neun Monate des Jahres, von März bis Dezember, 30.000 bis 50.000 Menschen Beschäftigung finden. Man brauchte nur so vorzugehen wie bei der privaten Vergebung derartiger Arbeiten, es müßten Arbeitsgruppen unter technischer Leitung zusammengestellt und für die gemeinsame Unterbringung der Leute vorgesorgt werden.

Als ich kürzlich über dieses Problem sprach, machte mir ein Kollege den Zwischenruf: Wir haben nicht die Nachtmittel, um die Arbeitslosen zur Übernahme dieser Arbeiten zu veranlassen. Ich bin auf Grund meiner Erfahrung überzeugt, daß es der Nachtmittel nicht bedarf, denn Tausende von Arbeitern würden sich freiwillig melden. Auch ein Ingenieur in einem Ministerium machte mir unlängst den Einwurf, daß man nicht die genügenden Nachtmittel gegenüber den Arbeitslosen besitze. Aber zehn Minuten später erzählte er mir von einer Flußregulierung, die in der Wiener-Neustädter Gegend von Arbeitslosen durchgeführt wird, und sagte, obwohl auf Schritt und Tritt Tafeln angebracht sind, es werden keine neuen Leute mehr aufgenommen, können sich die Partieführer des Andrangs der Arbeitsuchenden nicht erwehren. Auch mit einem Arbeiterführer in Steiermark habe ich vor kurzem über diese Frage gesprochen. Da wird bei Peggau irgendein Bau ausgeführt, und obwohl im „Arbeiterwillen“ immer wieder steht, die Arbeiter mögen Mühe und Bahnsfahrt sparen, es können keine Arbeiter mehr aufgenommen werden, melden sich trotzdem tagtäglich tausende viele Leute, die Arbeit suchen. Sicherlich also brauchten wir keine Zwangsmittel, und mit Zwang würde man auch nichts Dauerndes erreichen. Schafft man die Arbeitsmöglichkeit, Verpflegung und Unterkunft in Baracken, so würden sich viele Tausende Freiwillige zu dieser Arbeit melden, insbesondere wenn man den Arbeitslosen sagen könnte: Du bist auf Grund deiner bisherigen Beschäftigung für diese Arbeit geeignet, dort findest du Arbeit und Verdienst. Weigerst du dich nun, diese Arbeit anzunehmen, oder läufst du ohne Grund davon, dann verlierst du den Anspruch auf eine Unterstützung.

Die zweite Frage wäre, wie das Geld dafür aufzubringen ist. Nun, das Geld dazu ist da. Heute muß die österreichische Volkswirtschaft, Arbeitgeber, Arbeitnehmer, Staat und Gemeinden, im Monat durchschnittlich 100 Milliarden an Arbeitslosenunterstützung aufbringen, ohne daß ein einziger Handgriff als Gegenwert geleistet wird. Das Geld wird gänzlich unproduktiv ausgegeben, damit die Arbeitslosen so halbwegs ihr Leben fristen können.

Ich glaube, jeder von uns ist sich bewußt, daß es auf sehr viele Leute sehr demoralisierend wirkt, wenn sie jahrelang ohne Gegenleistung Almosen bekommen, und daß sie dann nach und nach arbeitscheu werden. Wir müssen ganz objektiv feststellen, daß bei einer beträchtlichen Anzahl von Leuten diese Art der Arbeitslosenfürsorge eine überaus verheerende moralische Wirkung ausübt. Wir müssen der Regierung den Vorwurf machen, daß sie in dieser Frage der produktiven Arbeitslosenfürsorge ganz Unzulängliches getan hat. Wenn hier und da ein Notstandsbau gemacht wird, dann ist ja das nur ein Tropfen auf einen heißen Stein. Da wäre aber

die Möglichkeit gegeben, Tausenden von Arbeitslosen Beschäftigung zu geben. Ich sagte schon, Geld ist da. Denn wir geben auch so im Monat 100 Milliarden aus. Wenn wir 30.000 Leute mit den angeführten Arbeiten beschäftigen, dann wäre für diese 30.000 Leute als Mehrentlohnung zu ihren jetzigen Arbeitslosenbezügen nur ein Betrag von 20 bis 25 Milliarden notwendig. Es spielt nach meinem Dafürhalten diese Frage des Mehraufwandes überhaupt nur eine untergeordnete Rolle, die Hauptsache ist, daß nicht der ganze Betrag von 100 Milliarden ohne jede Gegenleistung ausgegeben wird, sondern daß wenigstens ein Teil davon für produktive Zwecke verwendet wird.

Die Regierung wird darangehen müssen, auf diesen gekennzeichneten Wegen einem Teil der Arbeitslosen Arbeit zu verschaffen, weil wir sonst immer mehr ins Elend kommen. Wenn wir heute mit 140.000 Arbeitslosen rechnen müssen, so müssen wir im nächsten Winter wenigstens mit 200.000 Arbeitslosen rechnen. Und das hält unsere Volkswirtschaft und unser Staat auf die Dauer nicht aus. Es ist daher höchste Zeit, andere Arbeitsquellen in unserem Lande zu erschließen, weil die Möglichkeit, 50.000 Leute in das Ausland zu transportieren, nicht besteht, weil der Arbeitsmarkt in der Welt eben überhaupt überfüllt ist. Ich glaube, es würde auch möglich sein, für die gekennzeichneten Arbeiten, wie Meliorationen, Wegebauten u. dgl., auch die Gemeinden und einzelne Privatstellen zu interessieren, damit sie entsprechende Beiträge leisten. Es wäre vielleicht auch möglich, für diese volkswirtschaftlich höchst nützliche Betätigung Auslandskredit zu bekommen, so daß dieser geringe Mehrbetrag von 20 bis 25 Milliarden im Monate aufgebracht werden könnte. Für die Deportierung — es war ja nichts anderes — von 50.000 Leuten nach Amerika wäre anscheinend die Regierung geneigt, große Summen aufzubringen. Man spricht da von 500 Milliarden. Bitte, man verwende diesen Betrag dazu, um den Leuten im Inlande Arbeit zu geben, damit sie in ihrer Heimat und bei ihrer Familie bleiben können.

Ich habe dieses Problem der Beschäftigung eines beträchtlichen Teiles von Arbeitslosen in der geschilderten Art schon wiederholt in den verschiedensten Kreisen, in den Kreisen der Bauern, in den Kreisen von Industriellen und auch von Arbeitern erörtert, und noch jeder hat gesagt, daß das ein Weg wäre, wo viele Tausende fruchtbringende Betätigung finden könnten. Ich möchte daher die Regierung nochmals auffordern, diesem Problem näherzutreten, und ich möchte insbesondere an die Gewerkschaften appellieren, daß sie die Regierung zwingen — und die Vertreter der Arbeiterschaft haben die Macht hierzu —, um auf diese Weise vielen Tausenden Arbeit zu verschaffen.

Ein weiteres Mittel, um sofort oder wenigstens in absehbarer Zeit eine bedeutende Verminderung der Zahl der Arbeitslosen bewerkstelligen zu können, wäre, daß die vielen Tausende fremdnationaler Arbeiter und die polnischen Juden aus unserem Staate ausgewiesen werden. Ich habe es nicht begreifen können, daß die Wiener Arbeiterkammer den Antrag stellte, 50.000 deutsche bodenständige arische Arbeiter nach Amerika auszuführen, ich hätte es vielmehr begreiflich gefunden, wenn die Arbeiterkammer gesagt hätten: Wir verlangen zur Lösung des Arbeitslosenproblems, daß die polnischen Juden, die in Scharen zugewandert sind, aus dem Lande ausgewiesen werden. Das würde gleichzeitig auch eine Lösung des Wohnungsproblems bedeuten, denn die vielen Tausende polnische Juden, die sich hier eingenistet haben, sind gewiß nicht wohnungslos. Es würde auf diese Weise gleichzeitig auch Raum frei werden für unsere bodenständige Bevölkerung und unsere bodenständigen Arbeiter. In unserem Staate sind auch noch viele Tausende polnische, ungarische, italienische, tschechoslowakische Arbeiter tätig. Der Völkerbund sagt uns, wir können euch nicht helfen, auch die Völkerbundsexpertise sagt, wir können euch nicht helfen, ihr müßt euch zuerst selbst helfen. Wenn ich mich nun in der Zwangslage befinde, dann sage ich, ich muß zuerst für meine Heimatgenossen, für die deutschen Volksgenossen, für die deutschen Arbeiter sorgen. Wenn entweder mein deutscher Volksgenosse oder der Fremdnationale — ich sage ausdrücklich: Fremdnationale — verhungern soll, dann muß dieser weichen, denn unsere deutschen Volksgenossen, soweit sie deutschösterreichische Staatsbürger sind, sind in unseren fremdnationalen Nachbarstaaten schon längst vertrieben worden, wenigstens zum größeren Teil. Man möge also die fremdnationalen Arbeiter in ihre Heimat schicken und auch vor allem die polnischen Juden. Dadurch würden wir rasch einen beträchtlichen Schritt in der Lösung der Arbeitslosenfrage vorwärts kommen.

Ich glaube, Sie werden selbst das Gefühl haben, daß, was jetzt immer beschlossen wird, ganz unzulänglich ist. In drei, vier Monaten werden wir uns wieder mit derselben Frage beschäftigen müssen, dann wird aber wahrscheinlich die Zahl der Arbeitslosen wiederum größer geworden sein. Wir müßten also alle mit vollem Ernst an die werktätige Lösung dieser Frage herantreten.

Was aber die Lösung der Wirtschaftskrise betrifft, von der die Arbeitslosigkeit ein Zeichen ist, so müssen wir — dies ist allerdings eine Lösung auf Sicht — die Eingliederung Deutschösterreichs in ein größeres Wirtschaftsgebiet fordern, den Anschluß Deutschösterreichs an das Deutsche Reich. Wir alle ohne Unterschied der Partei müssen den Anschluß an das Deutsche Reich mit Beharrlichkeit und innerer Überzeugung verfolgen in dem Bewußtsein,

daß wir erst dann wieder eine Entwicklungs- und Existenzmöglichkeit haben, wenn das heute verfallene Österreich in einem großen Wirtschaftsgebiet, in Deutschland, zu fruchtbringender Arbeit und fruchtbringendem Leben Aufnahme gefunden hat. (Beifall.)

Es wird zur Abstimmung geschritten. Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

Die beiden nächsten Punkte der Z. D., welche auf Vorschlag des Vorsitzenden unter Einem zur Verhandlung gestellt werden, sind: Gesetzesbeschluß des Nationalrates, betr. Abänderung des Mietengesetzes, und Gesetzesbeschluß des Nationalrates, betr. Abänderung des Bundesgesetzes, betr. Wohnungsanforderung.

Berichterstatter **Haider**: Wenn sich heute der Bundesrat mit der Änderung des Mietengesetzes beschäftigen kann, so gleicht dies fast einer Ironie, denn von einer Änderung des Mietengesetzes, von einer Abänderung des Anforderungsgesetzes kann eigentlich kaum die Rede sein. Das Gesetz soll die Vermehrung des Wohnungsangebotes fördern. Es gibt heute wohl niemanden, der nicht von dieser und der Notwendigkeit der Lösung des Wohnungsproblems überhaupt überzeugt wäre. Wenn wir auch wissen, daß der Beschluß des Nationalrates eine Lösung des Problems nicht bedeutet, so ist er wenigstens ein Schritt auf dem Wege zur Reform des Mietengesetzes.

Mit Rücksicht darauf, daß momentan wesentlichere Änderungen des Gesetzes nicht vorgenommen werden können, das Gesetz aber doch eine kleine Reform bedeutet, hat der wirtschaftliche Ausschuß den Beschluß gefaßt, gegen das Gesetz eine Einwendung nicht zu erheben.

Bei der Abstimmung wird der Antrag des Ausschusses, gegen die beiden Gesetzesbeschlüsse keinen Einspruch zu erheben, angenommen.

Der letzte Gegenstand der Z. D. ist der Gesetzesbeschluß des Nationalrates, betr. eine Enteignung zu Affanierungszwecken in der Bundeshauptstadt Wien.

Berichterstatter **Haider**: Der vorliegende Gesetzesbeschluß des Nationalrates ist sicherlich eine Seltenheit, wenn ich mich so ausdrücken darf. Es wurde nämlich ein Enteignungsgesetz beschlossen, ein Gesetz, das bisher vereinzelt dasteht, und es gibt daher Leute, die der Meinung sind, daß der Beschluß des Nationalrates präjudizierend für die Zukunft zu wirken imstande wäre und daß mit Rücksicht auf diese Gefahr einem solchen Beschluß des Nationalrates die Zustimmung versagt werden sollte. Meine Damen und Herren! Ich stehe auch auf dem Standpunkt, daß es sicherlich eine Gefahr bedeuten würde, dieses Gesetz zu sanktionieren, wenn von einem wirklichen Präjudiz gesprochen werden könnte. Nun wissen wir aber, daß es als ein sogenanntes Ausnahmengesetz zu betrachten ist, daß es eine Ausnahmebestimmung ist, die sich durch dieses Gesetz ausdrückt. Das Enteignungsgesetz zu beschließen, war notwendig, um der Gemeinde Wien die Möglichkeit der Affanierung im Interesse der Bevölkerung zu geben. Dieses Gesetz bezieht sich nicht etwa auf ganz Wien oder auf ganze Straßen, sondern nur auf ein einzelnes Haus. Die Verhältnisse dieses Hauses sind solcherart, daß auch der Bundesrat dem Beschluß des Nationalrates seine Zustimmung erteilen kann. Ich beantrage daher, eine Einwendung gegen dieses Gesetz nicht zu erheben.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

Die Z. D. ist erledigt.

Nächste Sitzung: Freitag, den 7. August 1925, 1/23 Uhr nachm. Z. D.: Die am Sitzungstage vorliegenden verhandlungsreifen Gesetzesbeschlüsse (Beschlüsse) des Nationalrates.

Schluß der Sitzung: 6 Uhr abends.